

N r . 1 5 3
Nov'95 Teil1

★radikal

Balkan
Kurdistan
K.O.M.I.T.E.E.
aiz,O.L.G.A.

6 Köddel



Eigentumsvorbehalt Diese Druckschrift ist so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt. "Zur Habe Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Wird die Druckschrift nicht persönlich ausgehändigt, ist sie an den Absender zurückzusenden.

HANDVERKAUF:

Ja - wir sind auch nach dem 13.6. weiterhin so unverfroren euch aufzufordern, mitzuhelfen diese Zeitung weiter zu verteilen.

Bereits seit der 86'er Repressionswelle gegen die Buchläden ist das Motto der radi, daß jene die Zeitungen verteilen, die sie auch lesen.

Seit dem 13.6. überlegt die BAW an einer besondern Belobigung, falls was schief geht und sie mit ihrer Konstruktion durchkommen, könnt ihr evtl. den Orden einer "kriminellen Vereinigung" umgehängt bekommen. Insofern solltet ihr euch den Spaß gut überlegen und ihn mit mindestens einer weiteren vertrauten GenossIn besprechen. Also es sind keine vorschnellen Heldentaten gefragt, sondern genau kalkulierter Umgang.

Es ist ganz klar, daß die BAW mit ihrer neuen Keule \$ 129 versucht unserer Vernetzung einen Riegel vorzuschieben, deshalb können wir nur alle dazu auffordern, diese infame Einmischung in Strukturen, die sie nichts angehen, durch Rege Beteiligung auf's Schärfste zurückzuweisen.

Hast du Ideen, wohin du die radi weitergeben könntest und willst ein Knotenpunkt in unserem Netz sein, dann melde dich bei uns, dann klären wir gemeinsam den Rest. In diesem Sinne venceremos

V.i.S.d.P. * Dr.Beyer,Herrenstr.45a,76133 Karlsruhe

* verantwortlich und zuständig für die Presse nach dem Kriminellen Vereinigungsgesetz

Unsere Adresse:

Alle Briefe bitte nur im doppelten Umschlag. Äußerer Umschlag: NN, Van Ostadestraat 233n, NL-1073 TN Amsterdam
Auf den inneren Umschlag: Z.K.
Bitte keine Schablonenschrift auf dem Umschlag, keine Münzen, keine Schecks. Für die Beantwortung deines Briefes oder einer Bestellung brauchen wir bis zu 3/4 Monate. Bekommst du bis dahin nichts, schreib bitte nochmal.

2.Gang:

- 2 - 19 O.L.G.A.
- 20 - 31 Tausend Augen - Tips und Tricks zu Observationstechniken
- 32 EXIL-Block
- 33 - 37 Interview mit 2 Gesuchten
- 38 - 39 Ein Erfahrungsbericht aus dem Exil
- 40 - 41 Eine Position zu Exil
- 42 - 43 Zur Aussageverweigerung

Speisefahrplan:

1.Gang:

- 3 - 9 Intro
- 10 - 18 Deutschland und der Balkankrieg
- 19 - 23 Osteuropa und MigrantInnen
- 24 - 33 Zum K.O.M.I.T.E.E.
- 34 - 45 Zu den AIZ
- 46 - 51 Kurdistan-Block
- 52 - 55 Rote Zora-Erklärung

ABO

Immer noch ist der Besitz einer radi völlig unverfänglich und nicht strafbar!!! Du kannst also unbesorgt 50/100 Wienerwaldhändl rüberschieben und erhältst im Gegenzug die 5/10 nächsten Ausgaben frei Haus zugeschickt. Bitte zahle das Geld im Vorraus, sonst stehen unserer Buchhaltung die Nackenhaare zu Berge.

Infoläden, linke Zeitungen, Gefangene und Archive erhalten die radi umsonst.



Endlich gefaßt: Die Marmeladenmopser



INTRO

Achtung, aufgepasst, wenn ihr an Weihnachten zu einem knusprigen Entenbraten eure FreundInnen über Telefon einladet, denn die BAW könnte dies evtl. als radi-Redaktionstreffen auslegen. Vertrauen wir auf die heißen Informationen, die der Spiegel seinen Lesern und Leserinnen vor einigen Wochen zum Fraß hingeworfen hat, dann heißt die radi nämlich nicht radi, sondern Ente, zumindest an jenem Herbstwochenende beim "Big Bang in Wanderath", so übertitelte der Spiegel nämlich seine Story zur plastischen Beschreibung des Lauschangriffs. (Glücklicherweise müssen wir nicht alleine auf den Spiegel bauen, auch die Konkret berichtete von der Taufe durch die BAW) Wir nehmen den Vorschlag der BAW auf und haben die Ente als unser zukünftiges Maskotchen auserkoren (sonst wären wir ja auch ein schlechter Verein_{ig=8}) und gleich unsere Titelseite entsprechend gestaltet.

Die Einschußlöcher oberhalb der Ente symbolisieren die BAW-Schüsse von 1986 und jetzt vom 13.6.95 - hättet ihr das erraten?

Nun aber tach auch alle zusammen. Tja, noch zur letzten Ausgabe im April '95 haben wir es uns an dieser Stelle glattweg gespart, das Wort an euch zu richten. Auch in der Nr.151 konntet ihr nur einige dürre Wörtchen von uns vernehmen. Beides stieß auch intern nicht auf einhellige Begeisterung, aber so war das halt, die Worte waren uns schlichtweg im Produktionsstress der Worte abhanden gekommen. Und heute? Ja, heute ist alles anders geworden. Konnten wir uns bei den Nummern zuvor nicht mal mehr sicher sein, ob diese Seite nicht einfach desinteressiert überschlagen wird, oder ob du (jaja, genau du bist gemeint) dir diese Zeitung überhaupt besorgen wirst, so hat sich dies mit dem staatlichen Showdown am 13.6. tüchtig gewandelt. Es dürfte wohl keine Übertreibung sein, daß fast alle, die sich diese radikal-Ausgabe besorgt haben (wir begrüßen an dieser Stelle all diejenigen, die sich erstmals oder nach etlichen Jahren wieder dieses Heft zu Gemüte führen) natürlich voll (kritischer, skeptischer, euphorischer, neugieriger) Erwartung genau auf diese ersten Seiten starren werden. Aber es hat ja auch mal wieder lange gedauert, zu lange, bis ihr diese radi in euren Händen haltet.



Mit dem großangelegten Angriff gegen die linksradikale und feministische Szene im Juni des Jahres hat die Bundesanwaltschaft dafür gesorgt, die radikal in der Linken wieder mehr ins Blickfeld zu rücken. Vier Männer sitzen im Knast und werden der Mitarbeit in der "kriminellen Vereinigung" Radikal angeklagt. Mehrere mußten aus demselben Grund von der Oberfläche abtauchen. Drei weitere Genossen mußten verschwinden, weil sie angeblich den im Bau befindlichen Abschiebeknast in Berlin/Grünau in die Luft jagen wollten. In Weimar werden Antifas nach Paragraph 129a verfolgt, weil ihnen die staatlichen Verfolgungsbehörden vorwerfen, einen Anschlag auf das rechtsradikale Propagandablatt Junge Freiheit verübt zu haben. Und auch die Repression gegen die Göttinger Antifa (M) geht weiter. Die Linke ist beschäftigt - wird beschäftigt.

Währenddessen, von der linksradikalen Szene beinahe ungeachtet, beschließt die Bundesregierung den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr, ehemalige linksradikale StraßenkämpferInnen, zwischendurch PazifistInnen, vom Schlage Joschka Fischers konvertieren zu handfesten MilitaristInnen. Deutsche Tornados fliegen über Bosnien-Herzegowina, um den Einfluß in den 1945 verloren gegangenen Ostgebieten zu sichern. Offene Grenzen für Waffen und faschistische Söldner, um den kroatischen Ustascha-Nachfolgern den Rücken zu decken, offene Grenzen auch, um angebliche PKK-KämpferInnen hopplahopp der türkischen Regierung ans Messer zu liefern. Außen vor dagegen bleiben ArbeiterInnen und Flüchtlinge aus Osteuropa. "Was wollen die hier, wir kommen doch sowieso rüber", scheint die deutsche Devise.

All das und noch einiges mehr wird uns in dieser Ausgabe beschäftigen, aber zunächst werfen wir wir einen

Blick auf den Bauchnabel...

Zum Zeitpunkt des bundesanwaltschaftlichen Tobemanövers hatten wir intern den Verdauungsprozeß nach dem Ausstieg mehrerer Gruppen gerade für uns abgeschlossen. Während dieser Phase stand das Machen im Vordergrund, nun wollten wir endlich intensiver wieder miteinander reden und eine Bilanz ziehen. Reflektion war angesagt - und nicht Planung einer neuen Ausgabe. Die BAW-Aktion drohte uns einen Strich durch die Rechnung zu machen - aber nach einigen Diskussionen beschlossen wir uns, uns nicht nach der Repressionsuhr zu richten. Wer uns schon länger kennt, weiß das wir immer wieder nach Abschnitten solche Ruhephasen einlegen, dann steht der unsichtbare Teil unserer Arbeit im Vordergrund über die wir uns aus allseits bekannten Gründen eine nähere Erklärung sparen und uns ganz nach dem Motto der Geheimdienste beim jüngsten Plutoniumgeschäft halten: "Eine genauere spezifischere Aufklärung der Öffentlichkeit könnte in der Zukunft unsere Erfolgsaussichten schmälern, deshalb hüllen wir uns zu diesen Punkten in Schweigen".



Aber wir haben während dieser Periode auch Ansätze von Debatten geführt, bescheiden zwar aber angesichts des vorherigen Durchziehens ein zuversichtlich stimmender Neubeginn der Diskussion untereinander. Wir hatten und haben oft zu wenig Zeit, um uns so eingehend wie nötig gemeinsam den strukturellen und den inhaltlichen Aspekten der Zeitung zu widmen. So ist zum Beispiel die Diskussion um die Entwicklung der bewaffneten und militanten Gruppen, insbesondere die der RAF und der RZ in der Zeitung während der ganzen letzten Zeit viel zu kurz gekommen, wo doch gerade die radi das Medium ist, indem solche Auseinandersetzungen am offensten geführt werden können. Das von diesen Gruppen teilweise erklärte Scheitern ihrer Politik hätte für uns erst recht Anlass sein müssen, dem Thema mehr Platz einzuräumen, zumal die Notwendigkeit der radikal von uns immer auch über eine öffentliche Vermittlung militanter und bewaffneter Angriffe definiert wurde. Entsprechend entstanden unter uns Diskussionen, ob und inwieweit "radi-Gruppen" selbst in der Verantwortung stehen, diese Diskussion anzuzetteln und vorantreiben müssen, wenn sie woanders offensichtlich verschlafen wird.

...und über den Tellerrand hinaus

In dieser Situation platzte der 13.6. über Teile der linksradikalen Szene herein. Plötzlich waren wir in aller Munde. Demos, Knastkundgebungen, Veranstaltungen fanden statt, überall erschienen Flugblätter und Plakate, kurz nach der BAW-Aktion wurden sogar in verschiedenen Städten Bullenwachen angegriffen (wir verbuchen das einfach mal für uns...) und an einigen Häuserwänden tauchte auf: "Bleibt radikal". Auch ein Film über die Geschichte der Kriminalisierung der radi wurde gedreht und - mensch glaubts kaum mehr - auf Kanal 4 im Kommerzsender RTL ausgestrahlt. Fein, natürlich freuen wir uns, vor allem freuen wir uns für die Gefangenen, die Abgetauchten und die Leute, gegen die jetzt wegen der "Unterstützung der kriminellen Vereinigung radikal", der AIZ und dem K.O.M.I.T.E.E. ermittelt wird.

"Das selbstbewußte Auftreten der militanten Gruppen, gekoppelt mit einem weitverbreiteten Selbstverständnis innerhalb der linksradikalen Szene darüber, über Militanz direkt das Kräfteverhältnis zu verändern, würden wir erstmal für Geschichte betrachten. Wir denken, die Wichtigkeit der radikal über die Notwendigkeit herzuleiten, einen Raum zu schaffen für militante Diskussionen oder z.B. den Austausch von praktischen Tips kann nicht mehr - zumindest zur Zeit - in dem Ausmaß erfolgen wie zu Beginn der 80er", schreibt eine radikal-Gruppe in einem internen Diskussionspapier.

"Der 'Zerfallsprozeß', wie ihr es nennt, von RAF und RZ kann nur für diejenigen das Scheitern militanter Politik bedeuten, die sich nicht mit deren Selbstkritik auseinandersetzen, und die vor allem bewaffnete Politik für sich selbst als etwas Äußerliches abdeligieren", antwortet einE anderE radikal-macherIn. "Ich sehe die Aufgabe der bewußten Teile der radikalen Linken und linker MedienmacherInnen genau darin, Diskussionsprozesse um bewaffnete Politik und Militanz zu fördern, Geschichte hochzuholen, und sie beim Aufbau des Neuen zu verwerten."

Eine dritte Stimme schließlich äußert sich noch folgendermaßen: "Niemand redet hier vom Scheitern militanter Politik - dazu gibt es überhaupt keinen Anlaß. Natürlich sind militante Methoden ein Bestandteil militanter Politik - aber die Methoden sind nicht die Politik. Ich definiere Militanz in erster Linie, als Fähigkeit mit strategischem und langfristigem Blick auf verschiedene Art und Weise zu intervenieren unter taktischen Gesichtspunkten und der jeweiligen Situation angemessen. Die Reduzierung der Militanz auf die Wahl der Mittel kommt einer Entwaffnung gleich, weil sie die Abgrenzung von uns erleichtert."

Desweiteren sind wir uns auch uneinig darüber, welchen Stellenwert eigene Texte innerhalb des Konzeptes der radikal haben. Soll sie also vornehmlich durch eigene Texte in die aktuelle linksradikale Diskussion eingreifen (wie z.B. durch den Artikel



einer radikal-Gruppe zum Nationalismus in Kurdistan) oder ist es grundsätzlich unangemessen, wie andere Stimmen unter uns meinen, eigene Beiträge zum objektiven Gradmesser des Sinnes der radikal zu erheben?

Welche Bedeutung hat die Zeitung schließlich in der linksradikalen Szene? Entspricht die Energie, die wir in dieses Projekt stecken, dem, wie die Zeitung genutzt wird? Wie wird sie eigentlich genutzt? Und auf wen beziehen wir uns?

Doch wie haltet ihr, wie hält es die UnterstützerInnenszene eigentlich mit uns? Inwieweit entspringt das jetzige Aufbäumen mehr als der Betroffenheit darüber, daß GenossInnen im Knast sind oder abgetauchen mußten? Diese Betroffenheit teilen wir natürlich. Allerdings fällt uns auf, daß, soweit wir das verfolgen können, nur sehr selten Papiere auftauchen, in denen über Sinn und Zweck der radikal diskutiert wird. Zuweilen, zumeist in den Ballungszentren ist auch zu hören, "ich lese das Blatt ja seit Jahren nicht mehr", und im gleichen Atemzug "mit der Repression ist lediglich die Struktur gemeint und nicht die Zeitung". Ein Widerspruch in sich.

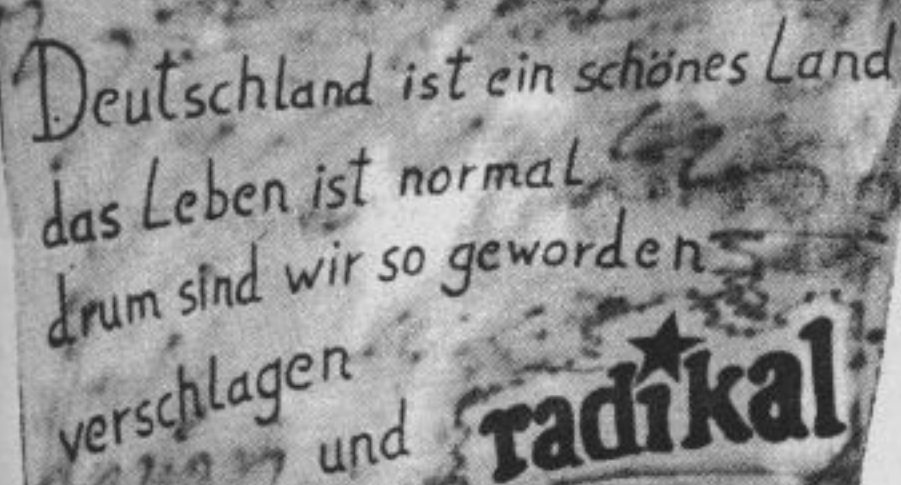
Klaro, wir sind der BAW weiterhin ein Dorn im Auge, weil sie es nach 11 Jahren Verfolgung der illegalen radikal nicht geschafft haben, uns klein zu kriegen. Nachwievor sorgen wir da-

für, daß eine für linksradikale Verhältnisse garnicht so bescheidene Anzahl von Zeitungen - die BAW hat die Zahl von 5000 verraten - verdeckt quer durch die Republik verteilt werden. Würden wir aber anstelle von militanten Angriffen gegen Nazis zum Ringelpiez zum Anfassen aufrufen oder anstelle von anti-nationalen Debatten über die Zukunft der Grünen debattieren, würden sich die Zensurbehörden einen Dreck darum kümmern, wie wir die Verteilung der radikal organisieren.

Natürlich ist die BAW-Aktion gegen uns auch ein Angriff auf eine der letzten bundesweiten, verdeckten Strukturen. Wir sind quasi der "lebende Beweis" dafür, daß es möglich ist, sich unkontrolliert zu vernetzen. Und wir schaffen es trotz der notgedrungen klandestinen Arbeitsweise, vielen, die nicht zum Kern der linksradikalen Szene gehören, einen Platz zu schaffen, an dem auch sie sich in die Struktur einklinken können. Sei es durch das Weitergeben von Zeitungen, sei es, indem sie Artikel schreiben, sei es... Vom Inhalt kann mensch diese Struktur aber nicht trennen.

Im Moment hat die radikale Linke keine Relevanz, entsprechend hält sich auch die Gefahr, die von der Zeitung gegen die herrschenden Verhältnisse ausgeht, in engen Grenzen. Wir haben selber in unserem Flugblatt geschrieben, daß wir nicht über die Repression die Bedeutung der Zeitung höher hängen wollen, als sie real ist. Aber was passiert, wenn morgen Deutschland mit eigenen Truppen im Balkankrieg mitkämpft und übermorgen die Bullen sämtliche (so viele gibt es sowieso nicht) Zeitungsredaktionen stürmen, von denen aus noch zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen wird? Daß die Zensurbehörden auch weiterhin nicht zulassen werden, wenn Erklärungen der militanten Linken einer Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, hat sie seit dem 13.6. schon zweimal wieder mit Durchsuchungen bei der taz und einmal bei der jungen Welt unter Beweis gestellt. Beide hatten Erklärungen der Roten Zora und vom K.O.M.I.T.E.E. abgedruckt.

Für uns ist klar: Wir machen diese Zeitung nicht als Selbstzweck. Die radikale Linke braucht eine organisierte, bundesweite Kommunikationsmöglichkeit, die sich der staatlichen Kontrolle entzieht. Daß dafür eine verdeckte Struktur notwendig ist, haben nicht zuletzt die Bullen und Bundesanwalt Beyer am 13.6. bewiesen.



Deutschland ist ein schönes Land
das Leben ist normal
drum sind wir so geworden
verschlagen
und radikal

Und was sagst du dazu?

Wir haben in unsere langjährigen Arbeit, wie viele andere linke Organisationen vor uns, gelehrt, nicht darauf zu warten, bis "die Linke" diese Notwendigkeit erkennt und sich aktiv in solche Arbeit einklinkt. Hätten wir das getan, gäbe es die radikal schon lange nicht mehr. Und trotzdem, nun seid ihr alle gefragt. Gerade jetzt kann es nicht darum gehen, angesichts der heftigen Repression gegen unser Projekt die Kritik unter dem Deckel zu halten. Es gibt einige Stellungnahmen zu den Angriffen, in denen erwähnt wird, daß "wir sicherlich Kritik haben an der radikal, aber das kann nichts daran ändern, sich dem Schlag entgegenzusetzen". Wir haben den Satz schon so oft gelesen, daß wir dahinter einen fast eigentümlichen Abwehr-Reflex vermuten, "nur nicht mit diesem anachronistischen Verein in einen Topf geworfen zu werden".

Wir bitten alle KritikerInnen, formuliert eure Kritik, schreibt uns, veröffentlicht eure Vorstellungen einer unkontrollierbaren Widerstandspresse. Kritik ist der Motor für Veränderung, und ehrlich gesagt lechzen wir danach, das uns andere mal die Meinung geigen. Die radikal ist keine Zeitung, die nur dazu dient, konsumiert zu werden und sie kann natürlich nicht Diskussionen ersetzen, die woanders nicht geführt werden. Ob und wie die radikal längerfristig weitermachen wird, hängt nicht von der BAW und ihren Sokos ab, sondern davon, ob diese Zeitung gebraucht und unterstützt wird. Eine Solidarität, nur durch die Repression zustande gekommen, wird, davon müssen wir ausgehen, spätestens dann zusammenbrechen, wenn der Druck nachläßt. Schließlich geht es darum, "ein linkes Projekt zu verteidigen, das in seiner Organisationsform, seinen inhaltlichen Diskussionen und der Haltung, militante Aktionen grundsätzlich zu befürworten, keinen Frieden mit diesem System geschlossen hat und versucht, den Kampf dagegen in Form einer unzensierten Widerstandspresse mitzutragen" (aus einem Diskussionspapier der Solibewegung)

"Wer macht eigentlich die Radikal? Diejenigen, die Berichte von ihrer letzten Antifa-Aktion schicken. Oder jene, die mal eben 10 Zeitungen von hier nach dort bringen und in ihrem FreundInnen-Kreis verteilen, oder vielleicht der, der ein paar dieser Berichte abschreibt und lay-outet, oder die, die dafür sorgt, daß nur ein einziges Exemplar durch die Mauern des Knastes dringt? Vielleicht meint die BAW ja auch die, die wochenlang diskutieren, um lange Artikel in der radikal zu veröffentlichen. Oder jene, die tagelang hinter der Druckmaschine stehen?" (aus unserem Flugblatt zu den Durchsuchungen)

Mit dieser Definition von Radikal-MacherInnen wollten wir verdeutlichen, was eigentlich hinter der BAW-Konstruktion "kriminelle Vereinigung" steckt. Schnell kann jede und jeder zum Mitglied dieser Vereinigung werden, weil er oder sie sich nicht das Maul verbieten läßt und dafür sorgt, daß unliebsame Themen weiterhin geschrieben, gedruckt und verteilt werden. Alle, die eine dieser Aufgaben (wir hätten da noch ne ganze Latte mehr) übernehmen, tragen ein Stück Verantwortung für das Gesamtprojekt radikal. Logo, daß es da Unterschiede gibt. Wie in allen Bereichen des politischen Alltags stecken auch in die radikal die einen mehr, die anderen weniger Energie rein, übernehmen also in unterschiedlicher Intensität Verantwortung. Und doch entspricht eine immer weitere Verteilung dieser Verantwortung auf immer mehr Menschen einer Zielvorstellung, die wir über die Jahre immer wieder vor Augen hatten. Auch heute hängt die Zukunft der radikal davon ab, inwieweit mehr Menschen bereit sind, sich dieser Verantwortung zu stellen, wenn sie es ernst meinen mit der Notwendigkeit einer unkontrollierbaren Widerstandspresse. Diskutiert über Sinn und Zweck des Projektes, überlegt euch, wie ihr praktisch dafür sorgen könnt, daß die radikal immer mehr Menschen in immer mehr Regionen erreichen kann!

"Wir sind eine kleine, radikale Minderheit"

"Die schwierigen Bedingungen haben ...zu einem sehr abgeschlossenen LeserInnenkreis geführt". Wir bemühen ein Zitat aus der Solidaritätsbewegung, um uns auf unsere Weise in die Diskussion einzubringen. Zweifellos hatte sich die BAW mit jedem Angriff auf die radikal zum Ziel gesetzt, uns aus der Öffentlichkeit zu entfernen und zumindest der erste große Schlag gegen die illegale radikal 1986 war ein Schritt in diese Richtung. Es hat Jahre gedauert, bis wir wieder eine Struktur aufgebaut hatten, mit der eine ähnlich hohe Zahl an Zeitungen an die Frau und den Mann gebracht werden konnte. Aber wenn jetzt von Seiten der autonomen Szene von einem "sehr abgeschlossenen LeserInnenkreis" geredet wird, dann scheint da ein bestimmtes Bild zu existieren, das speziell mit uns verbunden wird. Wir haben eine Auflage, mit der unseres Wissens (leider, leider, uns wäre es auch lieber, wenn es anders wäre) kaum eine bundesweite Zeitung aus dem linksradikalen Lager mithalten kann. Betrachten wir den LeserInnenkreis anderer Blätter halten wir unseren jedoch für weniger abgeschlossen.

Wir legen nicht zufällig großen Wert auf die Mischung von Handlungsanweisungen, Erklärungen militanter Gruppen, Vermittlung von Antifa-Aktionen, linksradikaler und feministischer Diskussion sowie Erarbeitung von recht theoretischen Analysen zur Entwicklung patriarchaler und kapitalistischer Verhältnisse. Durch diese Mischung werden ganz verschiedene Kreise der Linken auf Themen gestoßen, mit denen sie sich innerhalb ihrer alltäglichen Wahrnehmung schon kaum mehr auseinandersetzen. Vielleicht führt manchen "aktivistischen Antifa" ein Artikel in der radi über die antinationalistische Debatte dazu, sich tatsächlich mehr mit "theoretischen Themen" zu beschäftigen. Oder vielleicht nimmt eine "kritische Analytikerin" der patriarchal-kapitalistischen Entwicklung über das Lesen der radikal auch mal wieder wahr, daß immer noch Leute versuchen, dieser Entwicklung praktisch etwas entgegenzusetzen. Wir erheben nicht den Anspruch, die einzig wahre und richtige Linie zu vertreten, sondern wollen den Raum schaffen, um ganz verschiedene Bereiche der sich radikal nennenden Linken zu Wort kommen zu lassen. Das Nebeneinanderstellen von OLGA, GdV und Rote Zora-Erklärungen ist mehr Konzept als zufällig.

Die Realitäten in diesem Land sind auch für die kleine Gruppe der Autonomen und Antifas äußerst verschieden. Diesen unterschiedlichen Wahrnehmungen, in der Konsequenz unterschiedlichen Wirklichkeiten, wollen wir in der Zeitungen auch den entsprechenden Platz einräumen. Gerade damit sich Menschen aus den Metropolen und vom flachen Land, Alte und Junge, "AktivistInnen" und "TheoretikerInnen" mit ihren verschiedenen Bedingungen in der Zeitung wiederfinden, und sich vielleicht auch wieder mal was zu sagen haben. Wir wollen also genau diese "In-Group"-Mentalität, dieses gegeneinander Abgrenzen, wie es in der Linken typisch ist, durchbrechen. Nur so kann, nebenbei erwähnt, eine Struktur wie die der radi funktionieren.

Wir machen Diskussionen der militanten Gruppen transparent, d.h. auch für Außenstehende nachvollziehbar. Schon diese Formulierung drückt aus, daß wir als Medium für linksradikale Politik nicht besser sein können als die Politik selbst. Militante Ansätze können heutzutage nur noch von denen wahrgenommen werden, die sich explizit damit beschäftigen, um eine breitere Vermittlung wird sich kaum noch bemüht. Sie müssen "für Außenstehende transparent" gemacht werden (als positive Ausnahme seien hier die "Flammenden Herzen" erwähnt, die neben ihren Aktionen gegen Bundeswehreinrichtungen Briefe an angehende Soldaten geschickt und sie dazu aufgerufen haben, den Wehrdienst zu verweigern). Wie sollten wir den Rahmen für eine Debatte erweitern, die inhaltlich selbst innerhalb der Linken nur auf eine kleine Adressatengruppe ausgerichtet ist? Auf dieser Schiene die radi in Frage zu stellen, muß also konsequenterweise erstmal heißen, die Ausrichtung und Vermittlungsansprüche militanter, bzw. ganz allgemein linksradikaler Politik zu hinterfragen.

Trotzdem steht natürlich außer Frage, daß die radikal gesellschaftlich gesehen, wie alle linksradikalen Zeitungen, ein In-Group-Medium ist. Sie hat ihre ganz spezifische LeserInnenenschaft. Das zu durchbrechen, wäre ein schöner Traum, entspricht aber leider nicht den gesellschaftlichen Verhältnissen, schließlich ist die Auseinandersetzung um radikale, revolutionäre Veränderung, um Kommunismus oder Anarchismus eine Debatte, die eben nur in sehr kleinen, marginalen Segmenten der Gesellschaft stattfindet. Mit diesem Zustand müssen wir uns als radikale Linke auf unabsehbare Zeit abfinden. Zur Zeit ein linksradikales Blatt machen zu wollen, das sich an breitere Schichten der Gesellschaft richtet, halten wir für Augenwischerei, besser gesagt für unrealistisch. In-Group-Medien entsprechen einer gesellschaftlichen Ausdifferenzierung, mit der sich die Linke auseinandersetzen muß, d.h. zuerst muß über die Frage diskutiert werden, wer eigentlich das revolutionäre Subjekt darstellt, wo in absehbarer Zeit Sprengkraft für linksradikale Ansätze entstehen könnten und wie eine neue Utopie aussehen soll.

Trotzdem müssen wir uns mit dem, was wir bisher an Verbreitung erreicht haben, nicht zufrieden geben. Immer noch gibt es einige Regionen in der BRD, in denen die radikal nicht ankommt, immer noch gibt es viele Menschen, die interessiert an

der Zeitung sind, sie aber einfach nicht kriegen. Wenn also von einem "sehr begrenzten LeserInnenkreis die Rede ist", dann ließe sich der durch euer aller Zutun vergrößern.

Der Kampf um bürgerliche Freiheiten?

So hat die junge Welt mit leicht zynischem Unterton ein Interview mit einem radikal-Mitarbeiter betitelt, in dem unter anderem unser Verhältnis zu Pressefreiheit thematisiert wird. Vielleicht gehört es sich ja für eine "militante" Zeitung nicht, bürgerliche Rechte einzuklagen? "Wir erwarten von diesem Staat keine Pressefreiheit", ist häufig bei Veranstaltungen über die Kriminalisierung der radikal zu hören. Das ist so richtig wie falsch.

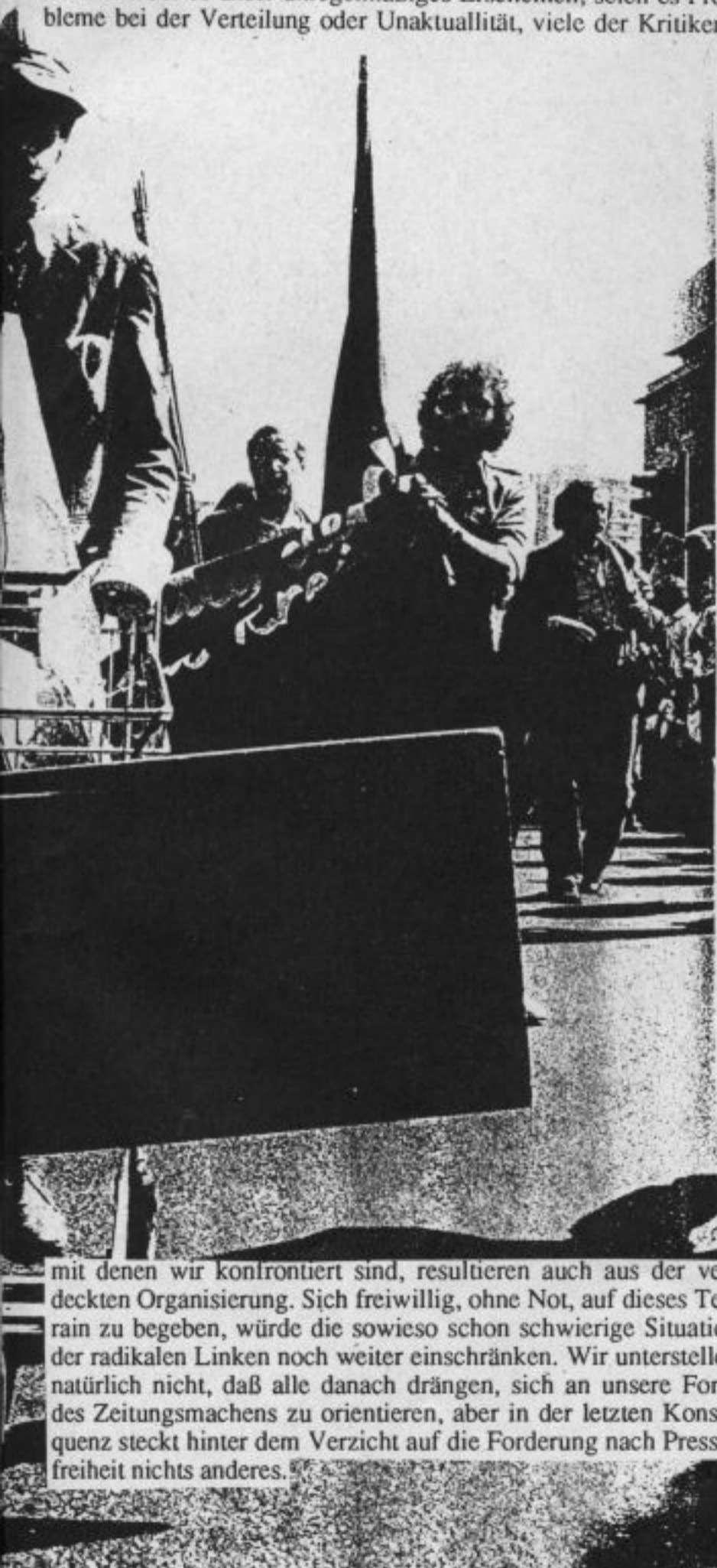
Sicher ginge es an der Realität vorbei, wenn wir für uns das Recht auf freie Meinungsäußerung Einklagen würden. 14 Jahre Kriminalisierung der radikal sprechen eine deutliche Sprache. Wir haben aufgrund unserer Erfahrungen entschieden, diese Zeitung verdeckt zu organisieren. Es sollte gewährleistet werden, daß wir wirklich ohne Schere im Kopf das veröffentlichen können, was wir für die Organisation (kaum gehts über die Lippen) revolutionären Widerstands für notwendig erachten, seien es Erklärungen der RAF und der RZ, seien es Erfahrungen aus dem antifaschistischen Kampf. Daß die staatliche Gewalt dem nicht teilnahmslos zuschaut, entspricht deutscher Tradition. Diese Notwendigkeit der verdeckten Organisation einer Zeitung wird, je nach gesellschaftlichem Kräfteverhältnis immer wieder bestehen, so wie sie für jede militante oder bewaffnete Struktur per se besteht, vor allem für ein Blatt wie die radikal, das sich diesen Strukturen nicht nur aus journalistischen Aspekten verbunden fühlt.



Damit hätten wir die halbe Wahrheit. Sie drückt gleichzeitig aus, daß da offensichtlich mit einer Selbstverständlichkeit hergegangen wird, die verdeutlicht, wie sehr wir uns selber schon mit den deutschen Verhältnissen abgefunden haben. Nicht in jedem Land ist es selbstverständlich, daß allein das geschriebene Wort schon kriminell ist. Die wenigen linken Medien, auf die wir uns sehr wohl auch positiv beziehen, arbeiten auf der Grundlage der Pressefreiheit. Die Pressefreiheit ist eine Errungenschaft der bürgerlichen Revolution, sie hat nichts revolutionäres im Sinne der Überwindung kapitalistischer Verhältnisse an sich, genau-

sowenig wie das Einklagen von Menschenrechten oder Gleichheit vor dem Gesetz. Und trotzdem besteht die Politik der radikalen Linken im Moment schwerpunktmäßig in nichts anderem als dem Einklagen dieser bürgerlichen Errungenschaften, ob nun die Zusammenlegung von RAF-Gefangenen oder das Bleibe-recht von Flüchtlingen gefordert wird. Deshalb werden diese Forderungen nicht falsch, im Gegenteil, gerade in der Tatsache, daß der bürgerliche Rechtsstaat seine selbst postulierten Werte nicht verwirklichen kann, liegt das dialektische Verhältnis, das seine Existenz ideologisch in Frage stellt.

Das Terrain der Pressefreiheit freiwillig aufzugeben, schränkt die Medienarbeit der Linken sehr stark ein. Immer wieder werden linksradikale Medienprojekte gezwungen sein, sich dem staatlichen Zugriff zu entziehen, und vielleicht wird dieser Zustand auch eines Tages wieder, wie im NS-Faschismus, Realität für alle kritischen Zeitungen, Radiosender..., trotzdem sollte der noch existente Freiraum so lange wie möglich verteidigt werden. Wir wollen da nichts vormachen, verdeckte Zeitungsarbeit, wie wir sie leisten, stößt an unheimlich viele, auch persönliche Grenzen. Sei es unser unregelmäßiges Erscheinen, seien es Probleme bei der Verteilung oder Unaktualität, viele der Kritiken,



mit denen wir konfrontiert sind, resultieren auch aus der verdeckten Organisation. Sich freiwillig, ohne Not, auf dieses Terrain zu begeben, würde die sowieso schon schwierige Situation der radikalen Linken noch weiter einschränken. Wir unterstellen natürlich nicht, daß alle danach drängen, sich an unsere Form des Zeitungsmachens zu orientieren, aber in der letzten Konsequenz steckt hinter dem Verzicht auf die Forderung nach Pressefreiheit nichts anderes.

Um nicht mißverstanden zu werden, natürlich ist die "Pressefreiheit" hier in Deutschland eine Farce. Besser betitelt könnte sie auch lauten, die Freiheit des Geldes "Worte und Bilder zu Waren werden zu lassen". Wenn wir also meinen, es ist wichtig Pressefreiheit nicht einfach zu ignorieren, so haben wir damit eigentlich die Thematisierung der heutigen Medienlandschaft im Kopf, in der alle Ansätze emanzipatorischer Politik in einem seichten Unterhaltungsfilm von Nebensächlichkeiten untergeht.

"Sprüche wie "was wahr ist, wird auch gedruckt" etc., sollten wir besser stecken lassen, denn jedeR weiß doch, daß alle Medien lügen und ihre eigene Konstruktion von Wirklichkeit erzeugen." (Die Drei von der Tankstelle in ihren Gedanken zu einer Öffentlichkeitsarbeit, Sept.95)

Wir und Lügen, das ist empörend - aber ernsthaft geantwortet, wir sind uns bewußt das unser bescheidenes Medium sehr selektive Nachrichten produziert, unter anderem deshalb ist vor Jahren das Projekt O.L.G.A. ins Leben gerufen worden, um die Wahrheitskonstruktion nicht nur den einzelnen Gruppen zu überlassen, sondern einen ganz spezifischen Raum zu schaffen, wo möglichst viele sich ihren Platz nehmen können.

Aber sowieso ist das nur die halbe Seite der Medaille, die andere ist unserer Auffassung nach, daß es nicht unbedingt das Problem ist zu sagen was wahr ist, sondern es in einen Gesamtkontext zu stellen. Einzelne Wahrheiten werden durchaus nicht nur in linksradikalen Medien verbreitet, aber sie gehen in dem massigen und erschlagenden Medienangebot so dermaßen unter, daß sie von niemanden weiter registriert, geschweige denn verarbeitet wird, weil bereits im nächsten Moment/am nächsten Tag wieder ein neuer Schwung von (Halb)Wahrheiten und Belanglosigkeiten einem/r um die Ohren gedroschen wird.

Die Medien ersticken mit ihren Belanglosigkeiten den Blick auf's Ganze, die Männer und Frauen werden angetrieben, sich mit Ablenkungen oder einfachsten Erklärungsmustern des Mainstreams und damit der herrschenden Norm zufrieden zu geben. Einzelne Wahrheiten werden dadrin nur selektiv preisgegeben und werden bereits dadurch wieder unwahr, weil sie in keinen Gesamtkontext gestellt werden, bzw. weil zig andere Wahrheiten drumherum wiederum verschwiegen werden.

Die große verschworene Gemeinde

Wir sind eine "kriminelle Vereinigung" nach § 129, sagt Ermittlungsrichter Beyer, sagt die BAW. Eine "staatsfeindliche Verbindung" (da stimmen wir voll und ganz zu!) definierte die wilhelminische Justiz diesen Paragraphen, die den § 129 im Jahre 1871 ins Leben rief und ihn vornehmlich gegen die ArbeiterInnenbewegung einsetzte.

Nach 1945 wurde er vor allem zur Verfolgung der KPD instrumentalisiert, der ca. 100.000 Ermittlungsverfahren einbrachte. Recht prominente Vorfahren haben wir damit also.

In den früheren Verfahren wurde der radi lediglich vorgeworfen, durch die Veröffentlichung von Texten diverse "terroristische Vereinigungen" zu unterstützen, jetzt werden wir rundum zur eigenständigen "kriminellen Vereinigung" erklärt. Das hat Konsequenzen, nicht nur für die 4 Genossen, denen vorgeworfen wird, Hersteller der Zeitung zu sein und die seit dem 13.6. im Knast sitzen. Sollte die BAW-Konstruktion durchkommen, kann jeder und jede, der oder die sich in irgendeiner Form für die Zeitung einsetzt, zum Mitglied der Vereinigung erklärt werden, besserenfalls zum Unterstützer bzw. zur Unterstützerin. Die Übergänge sind fließend. Wo die Unterstützung beginnt und wo die Mitgliedschaft aufhört, das bestimmt die BAW. Jede Gruppe, die uns einen Artikel zusendet, kann hopplahopp zur Unterstützerin werden. Der Inhalt des Artikels wird dann nicht mal mehr eine Rolle spielen. Außerdem, beinahe hätten wir es vergessen: Die radi hat sowieso "durchgehend strafbaren Inhalt", wie die BAW meint. Somit wird potentiell jeder und jede, der/die sich dem Dunstfeld der radi nähert, kriminell bis terroristisch. Eine große verschworene Gemeinde - ein Pool von der AIZ, dem K.O.M.I.T.E.E. und der radi bis zu Leuten, die uns

zum Beispiel einen Artikel über Kurdistan zukommen lassen, aus dem die Verfolgungsbehörden je nach Belieben schöpfen können.

Die neueste Entwicklung sollte diese Einschätzung bestätigen: *"Die Ausführungen von Ermittlungsrichter Beyer und dem Staatsanwalt der BAW, Hofmann, während der Haftprüfung und einige andere Kernsätze aus verschiedenen Beschlüssen, haben nochmal deutlich gemacht, in welche Richtung das Konstrukt gegen die radikal laufen soll."*

Nach unserem jetzigen Erkenntnisstand versucht die BAW radikale Widerstandspresse und militante Aktionen auch organisatorisch zu vermengen. Für BAW und BGH sei die radikal keine Zeitung. Vielmehr sei die radikal als Untergrunddruckschrift das Werk einer kriminellen Vereinigung, durch die die Kommunikation zwischen sämtlichen bundesweit agierenden sog. "linksterroristischen Gruppierungen" erst hergestellt würde. Die radikal würde diese Strukturen aufrechterhalten und außerdem neue Mitglieder für diese Vereinigungen anwerben.

Die BAW versucht, direkte Verbindungen zwischen den angegriffenen Gruppen herzustellen. Beispiele dafür:

- RAF und radikal würden angeblich gleiche Treffpunkte benutzen, wie z.B. die Eifel-Hütte

- In Bremen werden drei Personen sowohl der Mitgliedschaft und/oder Unterstützung in der "kriminellen Vereinigung radikal" und der "terroristischen Vereinigung AIZ" beschuldigt.

- Und aktuell aus der Haftprüfung: auf einer kürzlich entschlüsselten Diskette befände sich ein Text zu Kurdistan und damit ließe sich die Verbindung zum K.O.M.I.T.E.E. erkennen."

(aus einem Schreiben der "Arbeitsgruppe der bundesweiten Treffen zu den laufenden Verfahren", Oktober 1995 zum Haftprüfungstermin von Andreas aus Lübeck.

Na das passt doch alles sauber zusammen. Wenn die Herren und Damen des Spiegel, Focus, Wochenpost und wie sie alle heißen, uns jetzt bitte etwas Aufmerksamkeit schenken wollen, wir würden die Sache gerne noch so richtig rund machen.

In einem Artikel der GdV-Reihe wurde darauf hingewiesen, daß die Beamten in den Justiz und Bullenapparaten fast bruchlos nach dem Faschismus weiteragiert haben. Auch auf die Verfolgung von KommunistInnen wurde hingewiesen. Erst danach wurde die juristische Fakultät in Hamburg abgefackelt, verantwortlich: die AIZ. Schon vor Jahren haben wir auf den geplanten Neubau von Weiterstadt hingewiesen - Jahre hat es gedauert, bis diese radi-Ausgabe den Weg zur RAF gefunden hatte, aber dann... wenige Monate später war der Knast in Schutt und Asche. So läuft das nämlich in der militanten (wichtig in ihren Artikeln muß das heißen: "terroristischen") Szene, die einen Denken, die anderen Handeln.

Nun denn, Spaß beiseite. Wenn wir uns anschauen, daß die staatlichen VerfolgerInnen, durch einen Zufallsfund angeblich auf radi-MacherInnen gestoßen, eineinhalb Jahre ihre "heiße Spuren" verfolgen, viel Geld für Ermittlungen investieren, dann steht zu befürchten, daß es um mehr geht, als "nur um die Zeitung". Die Richtung ist eindeutig. Für die BAW geht von der radi "Gefahr für Leib und Leben" aus, indem sie und quasi für jeden Anschlag, der von militanten Linken ausgeht, mitverantwortlich macht. (Soviel der Ehre, da werden wir ja richtig rot, bei soviel Lob und Anerkennung, wenn uns die nur mal auch unter euch zu Teil würde) *"Damit zeichnet die BAW letztlich das Bild einer großen 'Vereinigung', die arbeitsteilig mit austauschbaren Rollen und unterschiedlichen Schwerpunkten agiert. Die konkrete Durchführung von Anschlägen wird mit deren Dokumentation in einer Zeitung quasi gleichgesetzt."* (Arbeitsgruppe...)

Wer zu dieser Vereinigung gehört, das bestimmt die BAW.

Die letzten Monate sollten das bestätigen. Die BAW versucht, weitere Kreise ins radikal-Umfeld einzubeziehen. So wurde zum Beispiel der Besuchsantrag einer Nichtbeschuldigten abgelehnt, da sie nach ihrem Schriftwechsel mit einem Gefangenen und nach Erkenntnissen des LKA Schleswig-Holstein dem "radikal-Umfeld" zuzuordnen sei und deshalb die Befürchtung bestehe, daß sie Informationen zwischen den Gefangenen und der "Unterstützerszene" transportieren und damit zum Fortbestand

der "kriminellen Vereinigung" beitragen würde. Zwei Männer und eine Frau aus Kiel, die einen Aufruf zu einer Knastdemo plakatierten und dabei von den Bullen kontrolliert wurden, werden jetzt mit dem Vorwurf der Unterstützung der "kriminellen Vereinigung radikal" konfrontiert und erhielten Vorladungen zum LKA. Gegen Menschen, die bisher im Verfahren nicht benannt wurden, finden massive Observationen statt...

Zum Stand der Verfahren

Um euch einen Überblick der aktuellen Situation und zum "Großen Lauschangriff" zu geben, zitieren wir weiter aus dem Text der "Arbeitsgruppe der bundesweiten Treffen zu den laufenden Verfahren".

"Seit dem 13.6. sind inzwischen 4 Monate vergangen. Wie schon aus vielen anderen 129/a - Verfahren bekannt ist, mauert die BAW grundsätzlich mit der Herausgabe von Akten, das setzt zur Zeit auch in den Verfahren vom 13.6. die Verteidigung faktisch außer Kraft. Im Klartext: Nach 4 Monaten Haft von Ralf, Andreas, Rainer und Werner liegen nicht mehr vor als zwei Ordner kopierter "radikal"-Artikel, ein Stimmgutachten zur angeblichen Identifizierung der Beschuldigten und - seit dem 21.9.95 - das Abhörprotokoll des LKA Rheinland-Pfalz von dem Treffen des angeblichen Redaktionskollektivs der "radikal" in der Eifel im Herbst 93. Dieses Treffen in Baar Wanderath stellt nach Aussagen der BAW den Ausgangspunkt der Ermittlungen gegen die jetzt Beschuldigten dar."



ES WIRD TOLL! WIR DENKEN UNS GEHEIM-NAMEN FÜR UNS, EINE GEHEIMSCHRIFT FÜR UNSERE GEHEIMEN BRIEFE UND EINEN GEHEIMGRUSS AUS...



Der Lauschangriff war im Juni 93 vom Amtsgericht Mayen genehmigt worden, aufgrund des Verdachts, daß sich in der Eifel-Hütte Mitglieder der RAF treffen würden. Das Treffen der angeblichen "radikal"-RedakteurInnen wird von der BAW als "Zufallsfund" bezeichnet.

Die Herausgabe des Abhörprotokolls aus der Eifel ist als direkte Reaktion aus Karlsruhe auf die Haftbeschwerde zweier RechtsanwältInnen zu werten - nach dem Motto: "Werfen wir ihnen ein bißchen in den Napf, sollen sie dran kauen." Die Haftbeschwerde fußte auf der fehlenden Akteneinsicht. Ein RA reagierte auf dieses abgekartete Karlsruher Spiel mit einer Haftbeschwerde-Erweiterung, in der begründet wird, daß die "radikal" 148 keinen strafbaren Inhalt enthält. Nun hüllt sich Karlsruhe in Schweigen.

Die Abhöraktion zog sich vom 4. Juni 1993 bis zum 5. Januar 1994 hin, zunächst legitimiert mit dem rheinland-pfälzischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz. Der Bundesgerichtshof erklärte in einem Beschluß, nach vorläufiger Prüfung sei es im gegenwärtigen Verfahrensstadium zuzulassen, daß die geheim erlangten Informationen, die bislang nur "präventiv" einer unmittelbare'n Gefahrenabwehr dienen sollten, auch "repressiv" bei der Strafverfolgung verwendet werden dürfen. Sowohl die Weitergabe der Daten als auch ihre strafprozessuale Verwendung sind juristisch mehr als zweifelhaft, und die anmaßende "Ermächtigung" des BGH müßte alle RechtsanwältInnen eines demokratischen Rechtsstaates herausfordern.

Am 21.9.1995 hat bei Andreas, der in Lübeck einsitzt, die zweite Haftprüfung stattgefunden. Andreas wurde von Lübeck zum Polizeipräsidium nach Hamburg transportiert. Schon vor dem Transport wurde er an Händen und Füßen gefesselt durch die

Gänge der JVA getrieben. Im Bullenauto wurden Hände und Füße zusammengebunden, so daß er nur gebückt sitzen konnte. Vorne saß ein Bulle mit MP, neben ihm einer mit Tonfa. Der Transportwagen wurde von zwei weiteren PKW begleitet. Sowohl vor der Haftprüfung als auch hinterher wurde Andreas einer vollständigen Leibesvisitation unterzogen. Auch die Anwältin wurde kontrolliert. Während der gesamten Zeit hatten Andreas und seine Anwältin keine Gelegenheit, unüberwacht miteinander zu sprechen.

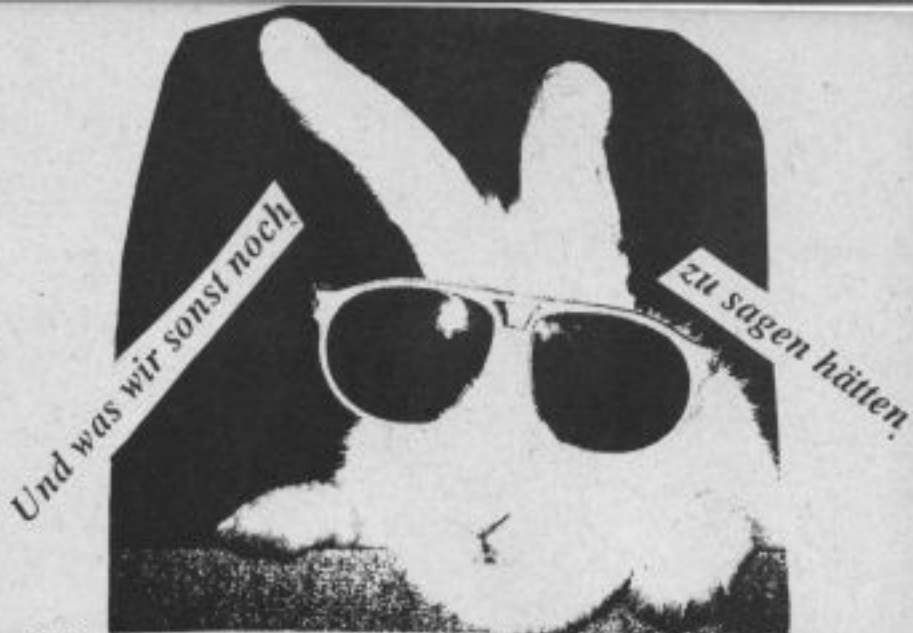
Wir denken, daß die Behandlung, ebenso wie die verschärften Haftbedingungen, denen die vier unterliegen, der Einschüchterung, der Abschreckung und dem Mübemachen dienen sollen. Eben die Behandlung, die du als linksradikaler Gefangener zu erwarten hast, wenn du nach § 129/a einfährst.

Nach Angaben von Beyer und BAW sind inzwischen Disketten teilweise entschlüsselt, die den Gefangenen zugeordnet werden. Sie sagen, von Andreas gäbe es drei mittlerweile entschlüsselte Disketten. Dated ist sie ab Frühjahr '95, inhaltlich ab Dezember '94. Inhaltlich ginge es in erster Linie um Diskussionen (z.B. Kontakt zu anderen Zeitschriften wie "Interim") und verfahrenstechnische Fragen in Zusammenhang mit der Herstellung und Verbreitung von "radikal", sowie den festgestellten polizeilichen Observationsmaßnahmen. Sie sagen weiter, daß in den Texten die ihnen bekannten Code-Wörter wie "Flut", "Welle", "Frazz", "Ente", "Kabel" usw. und Decknamen mehrfach enthalten seien. Sie führen an, es gäbe noch andere verschlüsselte Disketten von den anderen Beschuldigten, die noch nicht vollständig entschlüsselt seien.



Der Anwältin Akteneinsicht bezüglich der Disketten-Inhalte zu geben, verweigern sie mit der Begründung, sie rechnen mit der Beeinträchtigung ihrer Untersuchungen, wenn die Inhalte dem Beschuldigten zugänglich gemacht würden. In der letzten Haftprüfung mußten diese verschlüsselten Disketten als einer der Hauptgründe für die Aufrechterhaltung der Haft herhalten. Jetzt wird gesagt, gerade weil Andreas ja nicht an der Entschlüsselung mitgewirkt habe, bestehe nach wie vor Verdunkelungsgefahr. Beyer wies auch noch einmal ausdrücklich auf die Fluchtgefahr hin. Man sehe das ja an den Gesuchten, die sich trotz fester Arbeit/Studium und sozialer Bindung dem Zugriff des Staates entzogen. Die Haftprüfung endete also mit der Aufrechterhaltung der Haft. Nach Ansicht von Beyer ist die U-Haft bisher nicht unverhältnismäßig. Nach sechs Monaten könne das neu geprüft werden. Er verwies an dieser Stelle auf PKK-Verfahren, in denen Beschuldigte nach sechs Monaten aus der U-Haft entlassen wurden.

Ohne zu verkennen, daß diese Bemerkung Beyers nicht ernster zu nehmen ist als gelegentlich hingeworfene Zuckerkrümel, sollte die Tatsache, daß mit sechs Monaten eine U-Haft normalerweise abgeschlossen sein muß und für eine Verlängerung besondere Begründungen geliefert und geprüft werden müssen (nach 6 Monaten Verfahrensdauer hat der 3. Strafsenat des BGH über die Haftfortdauer der Gefangenen zu entscheiden), als wichtiger Termin für die Soli-Arbeit gesehen werden."



Wir sind in den letzten Monaten nicht gerade verwöhnt worden von Zusendungen per Post - wir halten euch zugute, daß ihr über die Repressionswelle verunsichert seid - und unserer Adresse nicht getraut habt. Einige haben das auch geschrieben und mit für uns wichtigen Geldsendungen erstmal hinterm Berg gehalten. Allen sei hiermit gesagt: Keine Panik, mit der Adresse ist weiterhin alles in bester Ordnung, wenn sich dies ändern sollte, geben wir Bescheid. An dieser Stelle ein Dank für all die aufmunternden Worte und vor allem für die diversen Infopakete, in denen manchmal auch andere Sachen wie Bilder, Comics und Gedichte beigelegt waren. (Super Idee!)

Soweit wir mitbekommen haben, werden aller Orten kräftig Knastkonzerte, Knastfeten und Geldsammlungen für die 5 Gefangenen organisiert. Ist natürlich supergut und wichtig. Aber auch uns könnt ihr unterstützen, das ist nicht weniger wichtig! Wer keine Wege weiß, wie das Geld zu uns kommen könnte,

kann kleinere Beträge der Post überantworten oder auch größere Beträge direkt bei der Postadresse vorbeibringen - oder zumindest Briefe in dem Land abschicken. Bei einem Solibeitrag von sagen wir mal 2000 Mark fällt eine Bahnfahrt zu unserer Adresse nicht weiter ins Gewicht - auch 1700 Mark sind dann immer noch sehr gut angelegt. Der Phantasie sind übrigens an diesem Punkt keine Grenzen gesetzt.

Über die AIZ und das K.O.M.I.T.E.E. werden wir uns auf weiteren 22 Seiten im hinteren Teil dieser Ausgabe auslassen, deshalb sparen wir uns dazu hier weitere Worte. Auch zur Frage des Exils lassen wir die Betroffenen selbst zu Wort kommen.

Die vier Gefangenen Ralf, Andreas, Rainer und Werner unterliegen seit ihrer Verhaftung verschärften Isolationsbedingungen. Alle vier sind von Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen und haben Einzelhofgang. Sie werden von anderen Gefangenen getrennt und werden ständig beim Verlassen ihrer Zelle von zwei Schließern begleitet. Wegen angeblicher "verdeckter Kontaktaufnahme" werden Besuchsansprüche von vielen FreundInnen und GenossInnen abgelehnt. Alle Besuche, mit Ausnahme der von Familienangehörigen, werden nur mit Trennscheibe zugelassen. Die politische Informationsmöglichkeiten werden eingeschränkt, da außer den genehmigten vier Zeitschriften und vier Tageszeitungen keine weiteren Druckerzeugnisse und Kopien durchgelassen werden. Briefe von FreundInnen und GenossInnen werden, zum Teil unter fadenscheinigen Gründen, angehalten.

Um euch aktueller über den Stand des Verfahrens und auch über die Situation der Gefangenen zu informieren, solltet ihr euch die "Radikale Zeiten" besorgen, eine Zeitung des bundesweiten Solidaritätstreffens, das sich mit dem Angriff des 13.6 und seinen Folgen beschäftigt.

Solidarische und powervolle Grüße an die Gefangenen Werner, Rainer, Ralf, Andreas und Ulf, der im Heimsheimer Knast in Beugehaft sitzt, weil er sich weigert, Aussagen zu machen und an die Abgetauchten Uli, Mattes, Julia und Frank und alle anderen, die durch den Schlag am 13.6. Ärger mit den Bütteln haben

und nun viel Spaß mit der neuen Nummer

Bleibt radikal

radikal 11/95 9